

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

17 (24.4.1947)

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 17

Mannheim, 24. April 1947

Preis 15 Pfg.

Auf dem Wege zur Einheit

310 Delegierte und über 200 Gäste aus allen Teilen Nordbadens, darunter auch Sozialdemokraten, stimmten auf dem Landesparteitag der Kommunistischen Partei am 19. und 20. April unter stürmischer Begeisterung der Verschmelzung der Kommunistischen Partei mit der Sozialistischen Einheitspartei zu.

Paul Schreck eröffnete im Namen der Landesbezirksleitung den Parteitag, begrüßte die Delegierten und Gäste, darunter auch sozialdemokratische Arbeiter sowie die Delegierten der SDV Mosbach und die Vertreter der Behörden und der Presse. Dieser Parteitag wird ein entscheidender Schritt zur Festigung der Einheit der Werktätigen sein. Wir wollen alles tun, was die Einheit festigt.

Der erste Bürgermeister der Stadt Mannheim

Jakob Trumfheller

überbrachte die Grüße der Stadtverwaltung und des Oberbürgermeisters

Er schilderte die schwere Lage der Stadt Mannheim und unterstrich die wirkungsvolle Mitarbeit der Kommunisten im Stadtrat am Wiederaufbau.

Volk zum politischen Denken und Handeln eine sehr große Mission zu erfüllen hat.

Vorwärts zu neuem Leben

So darf darum auch der Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands nicht zu einer Rückkehr in eine überwundene Epoche werden.

Wir brauchen keine Rückkehr, sondern ein neues, schöpferisches demokratisches Deutschland. Wir wollen ein demokratisches Deutschland voller Aktivität, voller Lebendigkeit, in der eine eigene Farbe und in der auch Intelligenz steht.

ein Teil der Sozialistischen Bewegung gezwungen wird, eine Konzession nach der anderen an die Reaktion zu machen.

Wieder sind die Weichen gestellt, wieder steht die Frage vor dem deutschen Volk: Wohin geht die Fahrt?

Das deutsche Volk am Scheidewege

Vor unserem Volk liegen zwei Wege der eine Weg

ist die Wiederholung der Ereignisse nach 1918.

Er führt hin zum Westblock bei der Aufgabe der Selbständigkeit durch Unterordnung unter internationale — mit deutschem Aushängeschild — nicht kontrollierbare Kräfte, des Monopol-Imperialismus.

Er führt wieder in eine neue Inflation, die die Löhne der Arbeiter zu Bettelpennigen entwertet und das Eigentum der Klein- und Mittelbesitzer im Massenmaßstab vernichten würde.

Bei diesem Weg wird wieder das werktätige Volk alle Lasten des Krieges und der Wiedergutmachung tragen müssen und neue Wirtschaftskrisen

Wohin geht die Fahrt

Alle fortschrittlichen Kräfte, die nicht wollen, daß es einen Weg zurück, sondern einen Weg in die Zukunft gibt, die müssen sich zusammenfinden, sie müssen über alle Parteigrenzen hinweg eine Verständigung finden, auch über einen gemeinsamen Weg.

Sozialisten schließt die Reihen

In erster Linie müssen sich da zuerst einmal die Sozialisten finden. Es ist besser, die Sozialisten machen sich untereinander Konzessionen, als daß

Zur politischen Lage und der Verschmelzung der KPD mit der SED

sprach

Erich Gniffke

Mitglied des Zentralvorstandes der SED. Ehemaliger Landtagsabgeordneter der SPD in Braunschweig, Gauführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und seit 1933 Mitglied der Widerstandsgruppe Grothwohl-Fechner.



33 Millionen Tote klagen an

Wir stehen heute vor dem größten wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und menschlichen Trümmerhaufen, den die Menschheit je erlebt hat.

Heute klagen an insgesamt 33 000 000 Tote.

Der imperialistische Raubzug hinterließ weiter 29 Millionen Kriegsversehrte, 21 Millionen Obdachlose, 15 Millionen Heimatlose.

Die Blutschuld des Monopolkapitalismus

Mit Hilfe einer bis auf die Spitze getriebenen Inflation schuf sich, als das deutsche Volk darbt, die Montanindustrie an der Ruhr einen Korruptionsfonds von 500 Millionen Goldmark, nutzte die geschaffene Verzweiflungsstimmung aus, indem es die Generalanzeigerpresse aufmarschieren ließ, um dem deutschen Volk einzuträufeln und einzupflanzen: Nicht etwa Wilhelm II., seine Generale, seine Finanziers, seine Rüstungsfabrikanten seien schuld an der Not und dem Elend, sondern die Sozialisten: die Novemberverbrecher.

Monopolkapital — Auftraggeber Hitlers

Und die Hochfinanz und Industriegewaltigen kauften sich in der freiesten aller Demokratien soviel Demokratie, wie sie nur brauchen konnten, trieben die Sozialdemokratie in die Tolerierungspolitik, den Staat in die Staatskrise und die braunen Bataillone, die im Zeichen der Demokratie aufgebauten Privatarmee Adolfs Hitlers, durch das Brandenburger Tor.

So kam es zum Dritten Reich.

Kurt Freiherr v. Schröder, Thyssen, Hugo Stinnes jun., Poensgen, Papen und Schacht sagten dazu „Heil Hitler“.

Die Lehre aus der Vergangenheit

Wir müssen vor allem eine Lehre aus der Vergangenheit ziehen. Es ist dies die Lehre, daß die deutsche Arbeiterschaft im Kampfe gegen die reaktionären imperialistischen Kräfte nicht in sich gespalten und veruneinigt auftreten darf.

Durch die Spaltung und den gegenseitigen Kampf war es der Hochfinanz

und dem Monopolkapital relativ leicht möglich, den Nazismus an die Macht zu bringen.

Arbeitereinheit ist Tod der Reaktion

Aus dieser Erkenntnis ist in der östlichen Zone Deutschlands der Zusammenschluß der Arbeiterparteien gewachsen, so ist Ostern voriges Jahr in Berlin die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entstanden.

Die SED die stärkste demokratische Kraft Deutschlands

Die Zusammenführung der sozialistischen Parteien gibt nicht nur eine Kraft plus Kraft, also eine doppelte zeugt sie eine vermehrte Kraft, durch die es ermöglicht wird, sich mit allen progressiven demokratischen Kräften zu verbinden und mit ihnen gemeinsam eine binden und mit ihnen gemeinsam eine demokratische Umgestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durchzuführen.

Die Sozialistische Einheitspartei kennt alle Nöte und Sorgen der deutschen Bevölkerung, sie weiß, daß die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden dürfen.

Sie ist eine unabhängige Partei, sie kennt nur ein wahrhaftes Interesse, und dieses Interesse heißt: Deutschland.

Die SED eine neue Partei

Als Ostern vor einem Jahr sich 615 000 Sozialdemokraten und 540 000 Kommunisten zu einer sozialistischen Einheitspartei zusammenschlossen, so entstand damals etwas Neues, eine Partei mit 1 200 000 Mitgliedern.

Heute, nach einem Jahr, zählt diese Partei 1 700 000 Mitglieder. Sie ist die Partei aller fortschrittlichen Kräfte, der Bauern und Arbeiter, der Geistes-schaffenden, der Männer und Frauen und nicht zuletzt der deutschen Jugend geworden.

Wir, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, wollen der Jugend die Möglichkeit schaffen, sich wieder aktiv in das politische Leben einzuschalten.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist sich bewußt, daß sie in der Umerziehung des deutschen

Der Bezirksparteitag zur Verschmelzung der KPD mit der SED



Der Landesbezirksparteitag anerkennt die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei. Er beauftragt den Landesvorstand, die in allen Organisationseinheiten der Partei beschlossene Verschmelzung mit der SED durchzuführen und alle dazu notwendigen Schritte zu tun.

Im westlichen Deutschland herrschen Hunger und schlimmste materielle Not. Aufbausabotage, Korruption, Desorganisation und Planlosigkeit haben einen wirtschaftlichen Niedergang mit nie gekanntem Massenelend zur Folge.

Die entscheidende Ursache dieser Entwicklung ist die nicht überwundene Spaltung der Arbeiterklasse im Westen Deutschlands. Es ist Schumacher zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung bis heute noch gelungen, den Ein-

heitswillen großer Teile der Sozialdemokratie zu unterdrücken oder in falsche Bahnen zu lenken.

Die Arbeiterklasse muß aber, will sie nicht wieder ein Opfer der Reaktion werden, der politisch-wirtschaftlichen Macht des Monopolkapitalismus eine politisch-organisatorisch geschlossene Kraft entgegensetzen, wie das in der Ostzone geschah.

Die Interessen des deutschen Volkes verlangen ein unabhängiges, freies, demokratisches und einheitliches Deutschland mit weitgehender Selbstverwaltung der Gemeinden und Länder, in welchem die Reaktionäre enteignet, die Verwaltung und Wirtschaft gesäubert und die entscheidenden Industrien in die Hände des Volkes überführt sind.

Der Kampf um das einheitliche Deutschland und der Kampf um die nationale Unabhängigkeit sind zu brennenden Gegenwartsaufgaben der Arbeiterklasse im Ringen um eine bessere Zukunft des gesamten Volkes geworden. Daraus erwächst die zwingende Notwendigkeit einer

einheitlichen politischen Führung der Arbeiterklasse

für ganz Deutschland, welche die Kräfte der beiden fortschrittlichsten und konsequentesten sozialistischen Parteien, SED und KPD, in einer geschlossenen, kraftvollen Organisation zusammenfaßt.

Badische Landesbibliothek

mit Massenarbeitslosigkeit und Massenelend sind unabwendbar. Darum gibt es keine Sicherheit, daß die Entwicklung wieder einem dritten Weltkrieg entgegengeht, die unsere nationale Existenz dann vollkommen auslöschen wird.

der andere Weg

Ist der Weg der Entmachtung der Großgrundbesitzer und des Monopolkapitals, der Weg der demokratischen Bodenreform, der Liquidierung aller privaten Konzerne und Großbanken, der Enteignung der Kriegs- und Nazi-verbrecher. Der Weg der konsequenten Reformen in der Wirtschaft und Verwaltung, in der Justiz und in der Schule, der Weg der Einheit der Arbeiterbewegung als Grundlage für die Einheit aller antifaschistischen demokratischen Kräfte.

Politischer Bericht der Landesbezirksleitung der KPD Nordbaden

Willi Boepple

erstattete den Bericht. Er führte u. a. folgendes aus:

Deutsche Katastrophe und Reaktion

Die Konzern- und Monopolherren, die Bankfürsten und Großgrundbesitzer, die Männer der hohen Verwal-



tungsbürokratie sitzen fast ausnahmslos in den gleichen wirtschaftlichen und staatlichen Positionen, die sie während der Hitlerzeit eingenommen hatten.

Das Fehlen jeglicher Planung, jeglicher wirksamen Kontrolle unter Einschaltung der antifaschistischen Organisationen hat zu einer totalen Desorganisation und zum völligen Zusammenbruch unserer Ernährung und unserer Wirtschaft geführt.

Eine Wiederbelebung Deutschlands, ein gesunder Wiederaufbau der Wirtschaft, eine Überwindung der Ernährungskatastrophe durch Verwirklichung der Bodenreform, die Demokratisierung Deutschlands sind nur möglich, wenn der gesamte staatliche und wirtschaftliche Apparat von den Kräften des Nazismus und Militarismus gesäubert wird.

Zweizoneneinheit kann uns nicht retten

Die Schaffung der Zweizonenämter, die angeblich ein Schritt zur Vereinigung Deutschlands darstellen sollte, erwies sich in der Praxis als eben jene Kommando- und Kontrollstelle der deutschen Reaktion, vor deren Zustandekommen die Kommunistischen Parteien der westlichen Zonen in ihrer Resolution vom 15. 9. 46 warnten.

Auch der Länderrat ist kein Organ der gewählten Volksvertretung. Der Versuch, den Länderrat einer pseudo-parlamentarischen Kontrolle durch die Belordnung eines Parlamentarischen Rates zu unterwerfen, wird als unzulänglich und nicht mit den Grundsätzen einer fortschrittlich-demokratischen Entwicklung übereinstimmend, von den Kommunisten abgelehnt.

Gegen die Sabotage der Ernährung

Inzwischen ist der totale Zusammenbruch der Ernährung offenbar geworden. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß unter Berücksichtigung der gesamtdeutschen Schwierigkeiten, des Mangels an Saatgut und Düngemitteln, die Hauptschuld bei den deutschen Behörden zu suchen ist.

Weg mit den Saboteuren

Die Kommunistische Partei ist der Auffassung, daß die derzeit verantwortlichen Männer unserer Ernährungswirtschaft, insbesondere die Leiter des Ernährungsrates, Dr. Dietrich

Dies ist der Weg, den die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der östlichen Zone mit Erfolg beschritten hat. Dieser Weg sichert uns den Frieden, befreit unser Volk von Krisen, von Massenarbeitslosigkeit und Massenelend und schafft die Grundlagen für eine neue, für eine bessere, für eine reale Demokratie.

Um diese beiden Wege geht der politische Kampf in Deutschland. Seit 100 Jahren geht dieser Kampf.

Damals gab die Reaktion für ihren Kampf die Parole aus:

Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.

Heute antworten wir für unsern Kampf mit der Losung:

Gegen Reaktion und Monopolisten, helfen nur vereinigte Sozialisten.

und Schlange-Schönigen, ihr Vertrauen nicht verdienen und daß sie durch Männer zu ersetzen sind, die eine fortschrittliche demokratische Gesinnung zur Grundlage ihres Handelns haben.

Volkskontrolle

In der Regierungserklärung vom 20. 12. 46 ist eine der wesentlichen Forderungen der Kommunisten formuliert: Die Heranziehung breiter Bevölkerungsschichten zur Mitverantwortung und zur Mitarbeit.

Es sind daher Ernährungsausschüsse zu bilden aus Erzeuger- und Verbraucherkreisen,

die aber nur dann wirksam werden können, wenn gleichzeitig unsere Ernährungsbehörden von allen rückständigen nazistischen und reaktionären Kräften gesäubert werden.

Um die Zukunft unseres Volkes

Wir können nicht umhin, weiter festzustellen, daß die Amtstätigkeit des Befreiungsministers Kamm ebenso wenig zu besonderen Hoffnungen berechtigt, wie sein persönliches Verhalten nicht auf eine betont antifaschistische Gesinnung schließen läßt. Wir halten es daher in Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Reaktion und Nazismus für erforderlich, daß die sozialdemokratischen Genossen von ihrem Minister eine Praxis verlangen, die jeden Zweifel an seinen Absichten verstummen läßt.

Die Partei weiß, daß nur die vereinte Arbeiterklasse jene Kraft ist, die dem unheilvollen Wirken der Reaktion ein Halt gebieten und die Demokratisierung Deutschlands durchsetzen kann. Sie hat in Erfüllung ihrer Pflichten als Führerin der Werktätigen in Befolgung des großen Vorbildes, das ihr die vereinte Arbeiterschaft der Ostzone gab, stets ihre Politik im Sinne der Überwindung der Spaltung ausgerichtet.

Als natürliche Folge dieser Grundhaltung unserer Politik sind wir der großen umfassenden Organisation der Schaffenden - den Gewerkschaften - tiefinnerlich verbunden.

Wir denken nicht daran, die Gewerkschaften zu einem zweitrangigen Faktor herabwürdigen zu lassen. Ihre bisherige hoffnungsvolle Entwicklung ist das Ergebnis demokratisch zustandekommener Willensbildung, auch wenn das jemand in Berlin, Mannheim oder sonst irgendwo unangenehm sein sollte.

Wir begrüßen in den auf unserem heutigen Parteitag erschienenen Genossen der badischen Sozialdemokratie die mutige Vorhut all derer, die mehr und mehr unseren gemeinsamen Feind erkennen und die Vereinigung aller Sozialisten im Kampf um die Lebensrechte des Volkes und um die Vorbereitung einer sozialistischen Zukunft vollziehen.

Die Notlage des Volkes verpflichtet die Kommunistische Partei zur konstruktiven Arbeit am Aufbau eines demokratischen Staates und einer planvollen Wirtschaft.

Die Kommunistische Partei fühlt sich als die entschiedenste Vertreterin der Interessen des werktätigen Volkes. Sie ist sich dessen bewußt, daß neben der Überwindung der Schwierigkeiten einer leidvollen Gegenwart die Aufgabe der Zukunftsgestaltung des deutschen Volkes steht.

Schlußwort des Vorsitzenden der Landesbezirksleitung

Willi Grimm



Dieser Parteitag soll nicht vorüber gehen, ohne daß ich meiner Freude Ausdruck gebe, daß die Mannheimer Kommunistische Partei an der Spitze der Parteiorganisationen in den Städten der ameri-

Zone steht. Die Mannheimer KPD zählt nahezu 5000 Mitglieder bei einer Einwohnerzahl von rund 200 000. Darin liegt eine gewaltige Leistung. Dies angesichts der Tatsache, daß während der Zeit des Naziterrors in Mannheim Wunden geschlagen worden sind, wie nirgendwo anders. Viele Genossen aus Mannheim haben in dieser Zeit ihr Leben auf dem Schaffott, in den Zuchthäusern und den Konzentrationslagern und an allen Fronten in Europa, wo für Freiheit und Fortschritt gekämpft wurde, verloren. Wenn trotzdem eine machtvolle Organisation Tatsache geworden ist, dann darf uns dies mit Stolz erfüllen. Durch die Zusammenarbeit alter und neuer Genossen ist auf allen Gebieten der Betriebs- und Gewerkschafts- und der Kommunal-Arbeit Hervorragendes geleistet worden. Ein Beweis, daß es gelungen ist, das vielfach durch den Nazismus verschüttete Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft neu zu wecken.

Genosse Grimm behandelte kurz den Charakter der volksfeindlichen Kräfte, mit denen wir es in Deutschland und der Welt zu tun haben. Unsere Vergangenheit hat uns gelehrt und bestätigt, daß

der Imperialismus Wurzel und Grundlage des Faschismus

ist. Der deutsche Faschismus, wie der italienische und der japanische, haben eine Niederlage erlitten. Die

Kraft des Faschismus besteht in der Welt weiter.

Sie ist dort vorhanden, wo das Monopol-Kapital existiert. Der Kampf um den demokratischen Fortschritt und die Einheit Deutschlands ist der Kampf gegen Imperialismus und Faschismus.

SED Bannerträger des Sozialismus

Wenn wir uns zur SED bekennen, wie wir es auf diesem Parteitag so machtvoll getan haben, folgen wir einer geschichtlichen Notwendigkeit. Es ist gleichzeitig die Unterstreichung der Tatsache, daß die SED vom ersten Tag ihrer Existenz an Bannerträger Deutschlands und des Sozialismus war.

SED einzige positive Kraft in Deutschland

Eines steht fest; wenn andere verkündeten und redeten, im Geschehen der internationalen Politik nicht Objekt, sondern Subjekt sein zu wollen, die SED war der einzige Faktor in Deutschland, der durch seine konstruktive Politik, die Deutschland und nichts als das Deutschland des werktätigen Volkes zum Ziele hatte, zum Subjekt geworden ist. Unter ihrer Führung wurde das werktätige Volk in der Ostzone zum Gestalter seiner Gegenwart und Zukunft. Gleichzeitig hat die SED Ziel und Richtung des politischen Willens der arbeitenden Klasse in Stadt und Land der Westzone gegeben.

Bündnis Stadt und Land

Genosse Grimm wies auf die Notwendigkeit hin, unsere Arbeit von der Stadt hinaus auf das Land zu tragen. Es ist dies nicht eine Angelegenheit in erster Linie der Propaganda, sondern die Frage der Organisation unserer praktischen und politischen Arbeit auf dem Dorf. Der Reaktion darf es nicht gelingen, das Land gegen die Stadt auszuspielen und die Bauernschaft zu einem Reservoir ihres Masseneinflusses zu machen. Im Mittelpunkt unseres ganzen Lebens steht gegenwärtig die Frage der Ernährung. Die Katastrophe abzuwenden, muß der Inhalt unserer Bündnis-Politik mit den Werktätigen des Dorfes sein.

Unsere Kraft kommt aus den Betrieben

Die Verwertung einer jahrzehntelangen Erfahrung hat in dem von uns angenommenen Organisationsstatut seinen Ausdruck gefunden. Die Betriebsgruppen sind die elementare Einheit der Parteiorganisation; in ihnen liegt auch der Schwerpunkt unserer Arbeit. Im Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, der Produktionskontrolle, des Mitbestimmungsrechtes, der Erweiterung des Einflusses der Betriebsräte, sind sie Zentrum.

Sie sind es aber auch im Sinne der Zerschlagung der machtpolitischen Positionen der volksfeindlichen Kräfte, wie sie in der Westzone noch existieren.

Die Fahne der Einheit weht auch im Westen

In der SED schafft sich die deutsche Arbeiterbewegung die Organisation, die sie braucht, um in der Gegenwart zu bestehen. Wenn wir einen Entschluß fassen, müssen wir auch den Weg und die Form finden zu seiner Verwirklichung.

Die Kommunistische Partei hat einer höheren Zielsetzung zuliebe ihre bisherige Existenz aufgegeben. Ihre ruhmreiche Vergangenheit ist nicht aufgegeben, sondern wird in der SED weiterleben. Die SED entspricht als Partei den historischen Bedingungen des Kampfes der Arbeiterschaft, wie wir sie heute haben. Wir haben die Fahne der SED in Baden errichtet. Tun wir alles, damit sie stolz im Winde weht!



- 3000 Todesopfer durch die Pest sind in Indien in den ersten drei Märzwochen zu beklagen.
2500 illegale jüdische Einwanderer wurden von den Briten nach Cypern deportiert.
Die internationale Vereinigung politisch Verfolgter hielt vom 23. März bis 6. April ihren ersten Kongreß in Paris ab.
Eine 10prozentige Kürzung der Ministergehälter beschloß der Ministerrat in Italien.
Gegen die föderalistische Aufteilung Deutschlands wandte sich in der französischen Nationalversammlung der kommunistische Sprecher.
Die englische Labourparty hat bei den Gemeindevahlen erhebliche Verluste zugunsten der Konservativen erlitten.
In der Sowjetunion wurden 1710 Städte zerstört, 70 000 Dörfer ganz oder teilweise eingeschleiert während der deutschen Invasion.
Höhere Lebensmittelzuteilung verlangen die streikenden Dock- und Werftarbeiter von Lissabon in Portugal. Die Regierung bezeichnet die Streiks als von den Kommunisten inszeniert und geht scharf gegen die Streikenden vor.
48 spanische Gewerkschaftler, Mitglieder der geheimen nationalen Arbeitergewerkschaft, wurden in Madrid verhaftet.

Gründungsausschuß für SED gebildet

Auf dem Bezirksparteitag konstituierte sich ein Gründungsausschuß für die Sozialistische Einheitspartei für das Arbeitsgebiet Schwetzingen, bestehend aus 2 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, 1 parteilosen Arbeiter und 3 Kommunisten. Unter lebhaftem Beifall gab der Parteitag seine Zustimmung zu diesem Ausschuß.

Der Parteitag fordert alle Einheiten der Partei in jedem Ort und in jedem Betrieb auf, solche Gründungsausschüsse zu bilden, die die Sozialistische Einheitspartei ins Leben rufen werden, sobald die Genehmigung der Militärregierung dazu gegeben wird.

Begrüßungstelegramme

aus allen Teilen Badens, aus Württemberg und den anderen deutschen Ländern, von Kriegsgefangenen und politisch Verfolgten gingen ein. Alle wünschten dem Parteitag den besten Erfolg zu dem historisch bedeutsamen Schritt der Verschmelzung der KPD und der SED.

SDV Mosbach begrüßt die Bildung der SED

In der Diskussion zu den Referaten der Gen. Gniffke und Boepple nahmen auch die Vertreter der SDV Mosbach, die Gen. Hofmann und Schneider, das Wort und brachten zum Ausdruck, daß die SDV Mosbach die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei in den Westzonen begrüßt, und bereit ist, sich derselben anzuschließen.

Die KPD die Partei aller Werktätigen

Der organisatorische Bericht der Landesbezirksleitung, den

Gen. Jakob Ritter

erstattete, zeigte, daß die Kommunistische Partei in Nordbaden eine imposante politische Kraft darstellt. Immer neue Teile aller Schichten des werktätigen Volkes schenken der Partei ihr Vertrauen. Seit November ist die Mitgliederzahl um mehr als 1500 Mitglieder gestiegen. Unter den 12 052 Mitgliedern befinden sich 1767 Frauen, 733 Jugendliche unter 21 Jahren. Die freien Berufe sind mit 325 Mitgliedern vertreten, darunter zahlreiche Aerzte, Juristen, Lehrer, Künstler, Ingenieure und Techniker. Die mehr als 400 öffentlichen Versammlungen seit Mitte Oktober zeigen die große politische Aktivität der Kommunistischen Partei im Kampfe gegen die Feinde des arbeitenden Volkes.

Die Kommunisten fordern:

Verlegung des Landeswirtschaftsamtes nach Mannheim

Das Industriegebiet Mannheim-Heidelberg mit über 600 000 Arbeitern und Angestellten ist das Industriezentrum für Nordbaden. Es kann daher nicht angehen, daß das Landeswirtschaftsamt außerhalb dieses wichtigen Industriezentrums in Karlsruhe weiter seinen Sitz hat.

Der Parteitag der KP Badens verlangt deshalb, gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Mehrheit der nordbadischen Industrie- und Handelsbetriebe, daß das Landeswirtschaftsamt seinen Sitz wieder in Mannheim erhält.

Der Parteitag fordert die übrigen Parteien auf, im Interesse des wirtschaftlichen Gedeihens unseres gesamten Landes, sich dieser Forderung anzuschließen.

Am Sonntag, den 4. Mai 1947, vormittags 9.00 Uhr, findet in den Redaktionsräumen des Badischen Volksechos in Mannheim, S 3, 10, unsere erste

Presse-Konferenz

statt. Hierzu sind eingeladen:

die Leiter d. Presseabteilungen bei allen Kreisleitungen die Presseverantwortlichen der Ortsgruppen und alle engeren Mitarbeiter unseres Blattes.

Meldung der Teilnehmer sofort telefonisch oder per Eilbrief an die Redaktion des

Badischen Volksechos Mannheim, S 3, 10

Heraus zum 1. Mai!

Auch in diesem Jahre steht der 1. Mai im Zeichen der Einheit. Wiederum werden die deutschen Arbeiter unter gemeinsamen Fahnen für die traditionellen Maiaktionen demonstrieren:

Für einen gesicherten Achtstundentag!

Für Arbeitsschutz, Sozialfürsorge und fortschrittliches Tarifrecht!

Für das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in der Wirtschaft!

Für die Gleichberechtigung der Frauen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Für die Grundrechte der jungen Generation!

Greifen schon diese Losungen über die reinen Arbeiterforderungen hinaus, so haben in diesem Jahre die allgemeinen Losungen, die Sache unseres ganzen Volkes sind, besondere Bedeutung. Die deutsche Arbeiterklasse kann in der gegenwärtigen historischen Situation ihre Klassenaufgaben nicht erfüllen, ohne die Geschicke des ganzen deutschen Volkes in ihre Hände zu nehmen. Darum stehen an diesem 1. Mai im Vordergrund die Losungen:

Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands!

Sofortige Bildung einer deutschen Zentralverwaltung als erster Schritt zur Schaffung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung!

Überführung der Betriebe des Monopolkapitals in das Eigentum des Volkes!

Demokratische Bodenreform in ganz Deutschland!

Schaffung einer leistungsfähigen Friedensindustrie und eines entwickelten Außenhandels!

Durchführung einer gesamtdeutschen Wirtschaftsplannung!

Diese Forderungen sind die ureigensten Angelegenheiten des ganzen deutschen Volkes. Um sie verwirklichen zu können, muß vor allem die Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland verwirklicht werden. Darum ist die Grundlosung des 1. Mai 1947:

Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei in ganz Deutschland!

Für diese Losung wollen wir am 1. Mai unser Banner entrollen!

Das Elend der Flüchtlinge

Ein Verzweiflungsschrei

Das Elend und der Hunger, von dem das werktätige Volk betroffen ist, trifft besonders hart und schwer die Flüchtlinge, die ihre Heimat im Stich lassen mußten. In engen Wohnräumen behelfsmäßig untergebracht, oft ohne Arbeit und Verdienst, fast keine Kleider auf dem Leib und ohne all die Dinge, die man sonst zum Leben braucht, führen sie ein elendes Leben.

Uns erreichte folgender Brief, der die verzweifelte Lage der Flüchtlinge zum Ausdruck bringt.

Mit größter Besorgnis müssen wir soeben die neuerliche Kürzung der Fleisch- und Fettationen zur Kenntnis nehmen. Dazu können wir Flüchtlinge nur sagen nur so weiter!

Unsere kleinen Kinder können ruhig mit ansehen... (hier erhebt der Schreiber schwere Anschuldigungen, die wir nicht abdrucken, weil wir nicht wollen, daß die Kluft zwischen Flüchtlingen und Bauern noch mehr vergrößert wird).

Unsere alten Leute erhalten fast gar keine Vollmilch, Magermilch nur zwei Tage in der Woche, der Gesundheitszustand ist daher bei allen unseren Leuten aufs größte gefährdet. Wann wird hier Abhilfe geschehen?

Die Parteien schreien von christlicher Nächstenliebe, von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die Wirklichkeit sieht aber anders aus!

Wenn wir auch vor den täglichen übergroßen Sorgen wie: Ernährung, Wohnung, Bekleidung mehr denn je für uns selbst sorgen, so verfolgen wir doch wachsamem Auge alle diese Vorgänge mit Bitterkeit im Herzen. Diese Vorgänge sind nicht dazu da, um uns in die hiesigen Verhältnisse einzubauen, dann gibt es für uns nur eins: Einen Strick für jeden, einen Strick für uns Flüchtlinge, damit wir dieses Elendsleben so rasch wie möglich zu Ende führen. Ein Flüchtling vom Lande.

Oh, nein. Lieber Einsender, es gibt noch einen anderen Ausweg.

Der gemeinsame Kampf aller Werktätigen, der Bauern und Arbeiter, der Flüchtlinge und Alt-eingesessenen gegen Junker und Monopolkapitalisten, gegen Nazis und reaktionäre Bürokratie muß durchgeführt werden,

wenn es auch für die Flüchtlinge besser werden soll. Die Kommunisten haben bei vielfacher Gelegenheit Maßnahmen vorgeschlagen, die geeignet sind, das Los der Flüchtlinge zu verbessern. Diese Maßnahmen sind u. a.:

1. Bodenreform. Aufteilung des Großgrundbesitzes, wodurch es möglich würde, einen Teil der Flüchtlinge als Bauern ortsansässig zu machen und einem weiteren Teil der Flüchtlinge Kleinsiedlungen zu geben, die es ihnen ermöglichen, wenigstens ihr Gemüse und ihre Kartoffeln selbst anzubauen.
2. Der Bauer muß instand gesetzt werden, bessere Löhne an die Landarbeiter zu zahlen, so daß es den Neubürgern auch möglich ist, in der Landwirtschaft Arbeit anzunehmen.
3. Förderung von Handwerk und Industrie auf dem Lande, insbeson-

dere müssen die handwerklichen Fähigkeiten der vielen Flüchtlinge ausgenutzt werden. Die Behörden müssen den Flüchtlingen helfen beim Aufbau neuer Industriezweige auf genossenschaftlicher und privater Basis.

Die Bürokratie und die Feinde des arbeitenden Volkes haben bisher die Verwirklichung dieser Maßnahme sabotiert. Die Junker wollen ihr Herrenleben auf Kosten des Volkes weiterführen und sabotieren deshalb die Bodenreform.

Wahlen in der Britenzone

Starkes Wachsen der KPD im entscheidenden Industriezentrum

Die Landtagswahlen in den Ländern der britischen Zone brachten der CDU einen starken Stimmenverlust gegenüber den Kreistagswahlen und der SPD einen leichten Zuwachs. Deutlich ist aus dem Wahlergebnis ersichtlich, daß die Zustände auf eine Aenderung treiben und drängen. Die Geduld des Volkes ist offensichtlich zu Ende und es beginnt, seine Freunde und Feinde zu sehen. Insbesondere die Arbeiterschaft der Industriegebiete hat die Volksfeinde im wirtschaftlichen und politischen Leben erkannt und beginnt, den Kampf gegen sie aufzunehmen. Sie hat auch erkannt, daß die Politik der Kommunisten aufgebaut ist auf dem Interesse der werktätigen Bevölkerung und hat dieser Erkenntnis durch ihre Stimmabgabe starken Ausdruck verliehen.

Bis zu welchem Grade dies der Fall ist, wird ersichtlich aus einem Kommentar der lizenzierten Presse, in dem es heißt:

„Besonders auffallend ist das Anwachsen der KPD-Stimmen in Nordrhein-Westfalen, wo die KPD ihren Prozentsatz an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen von 9,4 auf 14 Prozent steigern konnte.“

Klar und eindeutig hat sich nach demselben Bericht die Bergarbeiterschaft mit der verfügbaren Masse ihrer Stimme zum Kommunismus bekannt.

Und unverkennbar ist der politische Impuls für die Arbeiterschaft und für das allgemeine politische Leben bereits wirksam geworden, der aus der bevorstehenden Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auch im Westen Deutschlands hervorgeht.

Die Arbeiterschaft wird sich bewußt, daß sie berufen ist, in der großen Entscheidung zwischen Fortschritt und Reaktion ihre ganze Kraft einzusetzen und alles zu tun, was sie kann, um die Zukunft unseres Volkes zu retten. Sie erkennt, daß die SED, zu deren Grundsätzen und Zielen sich die Kommunisten als Grundlage ihrer Politik

Gedenktage

DER WOCHE

- 24. 4. 1926 Unterzeichnung d. deutsch-russischen Neutralitätsvertrages.
- 1792 Rouget de L'Isle komponiert die Marseillaise.
- 25. 4. 1945 Eröffnung der Weltsicherheitskonferenz in San Francisco. — Zusammentreffen der Truppen der Roten Armee mit anglo-amerikanischen Truppen in Torgau.
- 1874 Marconi, Erfinder d. drahtlosen Telegraphie, geb.
- 26. 4. 1933 Albert Funk, Essen, kommunistischer Abgeordneter, ermordet.
- 1910 Björnsterne Björnson, norwegischer Dichter, gest.
- 27. 4. 1791 Morse, Erfinder des Telegraphen, geb.
- 28. 4. 1945 Gefangennahme und Hinrichtung Mussolinis durch italienische Freiheitskämpfer, in Dongo am Gomer See.
- 29. 4. 1945 Kapitulation der deutschen Armee in Italien und Westösterreich. Bildung einer österreichischen Volksregierung.
- 30. 4. 1777 Karl Friedrich Gauß, Mathematiker, geb.

Die Monopolkapitalisten denken nur an ihren Profit und haben deshalb auch kein Interesse daran, daß für die Flüchtlinge Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Bürokratie erwies sich bisher als unfähig, irgendwelche ernsthafte Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Neubürger durchzuführen.

Deshalb müssen auch die Flüchtlinge an dem großen Kampf um den Neuaufbau eines wirklich demokratischen Deutschlands Schulter an Schulter mit allen Werktätigen teilnehmen.

Auf dem Parteitag wurde bekanntgegeben, daß

vorläufige Mitgliedsausweise der SED bereits jetzt ausgestellt werden, die bis zur formalen Genehmigung der SED durch die Militärregierung Gültigkeit haben.

Zentraler Suchdienst in Berlin auch für Kriegsgefangene

Seit Monaten besteht der Zentrale Suchdienst für vermißte Deutsche in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, welcher die Kartellen aller anderen Suchdienste vereinigt hat und mit den Zonenzentralen in Hamburg und München in Verbindung steht. Seine Anschrift ist: Berlin W 3, Kanonierstraße 35.

Dieser Suchdienst hat in den letzten Wochen dadurch eine besondere Bedeutung erhalten, daß die sowjetische Besatzungsmacht sich bereit erklärt hat, die Anregung an alle in der Sowjetunion befindlichen Kriegsgefangenen zu geben, einen Suchantrag an diesen zentralen Suchdienst zu richten, falls sie noch keine Postverbindung mit ihren Angehörigen haben, um durch seine Vermittlung die Verbindung zu ihren Angehörigen wieder zu erlangen.

Es sind nun bereits über 78 000 solcher Anträge aus der Sowjetunion beim Suchdienst eingelaufen. Es ist deshalb zweckdienlich, wenn diejenigen, die nach einem an der Ostfront Vermissten suchen, seine Adresse dem Suchdienst bekanntgeben.

Gedankenlosigkeit oder Absicht?

In Friedrichsfeld gibt es Leute, die anscheinend immer noch nicht wissen, daß der Krieg zu Ende und der Nazi-staat zusammengebrochen ist. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß man an die Schulkinder, die im Spätjahr Kastanien gesammelt haben, folgendes „Traktat“ verteilt:

Schützt den deutschen Wald! Jeder Baum ist eine kriegswichtige Rohstoffquelle!

Hoffentlich sieht man sich diejenigen, die den Wald als kriegswichtige Rohstoffquelle betrachten und mit der Verteilung solcher Propagandablätter die Hirne unserer Kinder verseuchen, etwas näher an

Mannheim

Wir wir erfahren, liegen in Mannheim erhebliche Vorräte von Hühnersuppe, Speck und sonstigen Nahrungsmitteln, über die das Landesernährungsamt in Karlsruhe frei verfügen kann. Aus welchem Grunde werden selbst wenn diese Bestände nicht für alle ausreichen, nicht wenigstens die Alten, Kranken und Schwerverarbeitenden damit versorgt?

Weiter wurden in Bayern 56 g Schokolade aufgerufen. Ist es erforderlich, daß stets Bayern in der Ausgabe von tatsächlich vorhandenen Lebensmitteln voran geht, bis endlich einmal bei uns die maßgebenden Herren aufwachen, oder sollten auch beim Landesernährungsamt Kräfte am Werke sein, die bewußt solche Sachen sabotieren?

Karlsruhe

Wer das Pech hat, den Eilzug Karlsruhe-Basel und umgekehrt benutzen zu müssen, wird sich immer und immer wieder fragen, aus welchem Grunde nur eine einzige Sperre mit einem Beamten vorhanden ist, um den Strom von Hunderten von Personen durch die enge Schleuse abzuwickeln. Die Reisenden, sowieso schon vollkommen von der aufreibenden Fahrt durchgedreht sind gezwungen, mindestens eine Stunde darauf zu warten, bis sie, in endloser Schlange stehend mit Gepäck durchgelassen werden.

Hat die Reichsbahn, besonders abends bei der Ankunft, wirklich so wenig Leute, oder läßt sie das Wohlergehen des Publikums so kalt?

Es sind dies unhaltbare Zustände, deren Abstellung die Öffentlichkeit schnellstens verlangt.

Großsachsen

Bekanntlich wurde der frühere Bürgermeister Steinmetz vom Mannheimer Berufungsgericht freigesprochen, obwohl reaktionäre Kreise, an ihrer Spitze der jetzige Gemeinderat Johe, alle Hebel in Bewegung setzten, um diesen Antifaschisten zu Fall zu bringen. Wie wir nun neuerdings erfahren, ließ auch dieses endgültige, auf großer Sachlichkeit beruhende Urteil diesen Quertreibern keine Ruhe, so daß sie in einer von ihnen einberufenen Bürgerversammlung eine Resolution verfaßten, um gegen das freisprechende Urteil zu demonstrieren. Man scheute sich sogar nicht, diese Resolution an der Rathausafel auszuhängen. Eigenartigerweise ist dieser lächerliche Aushang nicht von der Bürgerschaft unterzeichnet, sondern lediglich von der Gemeindeverwaltung. Wir würden uns an die Zeiten der Schildbürgerstreiche erinnern, wenn die Sache nicht zu ernst wäre.

Wer ist nun eigentlich die Gemeindeverwaltung? Der schon öfters erwähnte Gemeinderat Johe, der sich zu gern als 2. Bürgermeister titulieren läßt, war noch bis 1.1.46 in Käfertal-Süd gemeldet, so daß er nach den Wahlbestimmungen überhaupt nicht zum Gemeinderat hätte gewählt werden können, da er noch nicht ein Jahr in Großsachsen wohnte. Er amtiert also in Großsachsen, was ihn nicht hindert, in Käfertal-Süd ein komfortables Landhaus zu besitzen. Ein weiterer Gemeinderat, Jean Krebs von der CDU, der zur Zeit „im Auftrage unterzeichnet“, ist dadurch bekannt, daß er im Dritten Reich eine Ausländerin, wie auch einen kriegsgefangenen Franzosen mißhandelt hatte. Bekanntlich wurde der ehemalige Nazibürgermeister beim Umsturz von den verschleppten Auslandsarbeitern ebenfalls wegen Grausamkeiten gelyncht. Der ehemalige Nazi-Ratschreiber Fath, welcher von den Grausamkeiten und von dem Treiben der Gestapo, welche zuletzt im Rathaus ihr Hauptquartier hatte, bis ins kleinste Beschuldigte wurde, sitzt heute noch im Dienst. An die Stelle des suspendierenden Nazi-Gemeinderaters Bargeld setzte man dessen Tochter, während der ehemalige Geschäftsführer die Kartenstelle versieht. Zur Krönung dieses reaktionären Gemeinderats wurde die Antifaschistin Ella Jockl entlassen und an deren Stelle eine ehemalige BDM-Führerin wieder eingestellt.

So sieht die gegen ein gerechtes Urteil protestierende Gemeindeverwaltung Großsachsen aus.

Die Nöte der Landarbeiter

Warum Landarbeitermangel?

Eine Rundfunkrede des Landwirtschaftsministers für Württemberg-Baden veranlaßte einen Landarbeiter Stellung zu nehmen.

Gestützt auf eigene Erfahrung auf einem nordbadischen Mustergut, wo noch Zustände herrschen wie vor 50 bis 80 Jahren, schreibt der Landarbeiter:

Wenn zur Zeit ein empfindlicher Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften herrscht, so liegt der wichtigste Grund dafür zweifelsohne in den

schlechten sozialen Bedingungen, die die Arbeiter vorfinden.

Ausgehend von dem geringen Verständnis für Hygiene, Arbeiterschutz und geistigen Kontakt fehlt den Arbeitgebern jede Fähigkeit, ihre Arbeitnehmer als gleichberechtigte Menschen zu betrachten und nicht als Arbeitstiere, die ihnen zur Ausbeutung überlassen wurden.

Wenn das, allgemein auch als Erbe der Behandlungspraxis von Ost- und Westpreußen und Kriegsgefangenen bezeichnet wird, so beweist doch die Langsamkeit der geistigen Umstellung, daß das Bewußtsein von Herren und Knechtum tiefer wurzelt, und seine Kraft aus längst vergangenen Zeiten feudaler Grundherrschaft und bäuerlicher Leibeigenschaft zieht.

Rechte, die ein Industriearbeiter lange schon für sich in Anspruch nimmt, die verfassungsmäßig verankert sind, finden auf den landwirtschaftlichen Arbeiter keine Anwendung. Diesem fehlt entweder der Wille oder der Mut zur Organisation oder die Kenntnis von der Möglichkeit derselben.

Bei ewigem Tadel, ohne Lob, ohne Anerkennung eines eigenen Willens oder einer eigenen Meinung, stets unter dem Eindruck wüster Schimpfwörter wird schwerste Arbeit geleistet.

Gröbliche Verletzung des menschlichen Anstandes, Uninteressiertheit an den Sorgen der Arbeiter, gedankenlose Gefährdung der Gesundheit, das sind die täglichen Begleiterscheinungen der Arbeit sogar auf einem Mustergut.

Die Stadt hilft dem Lande

Auf Initiative der kommunistischen Stadtratsfraktion in Mannheim hat die Stadtverwaltung Schritte unternommen, um die Arbeit der landwirtschaftlichen Reparaturbetriebe zu sichern.

Die Stadt Mannheim teilt uns hierzu folgendes mit:

„Die in den vergangenen Wochen gehaltenen Besprechungen sowohl mit den zuständigen Dienststellen als auch mit den hier in Frage kommenden Spezialbetrieben haben zu dem erfreulichen Resultat geführt, daß durch Zuteilung eines entsprechenden Kontingentes an Brennstoff, Karbid und Eisen usw. die Betreuung durch die landwirtschaftlichen Reparaturbetriebe nunmehr als sichergestellt bezeichnet werden kann.“

Auch im Bauland soll durch die tatkräftige Unterstützung des Landrats Vorsorge getroffen sein, daß der Landwirtschaft weitgehend in dem von Ihnen gewünschten Sinne geholfen wird.“

Stadt und Land Hand in Hand und der Hunger wird gebannt!

Philippsburg

Sehr eigenartige Zustände scheinen bei der Zuteilung an den

Gemeinderat Arthur Maus

zu herrschen. Nicht nur, daß er bis heute zwei Bezugscheine über 11 Zentner Kartoffeln erhielt, dabei jedoch aus eigenem Anbau zwei volle Wagen erntete, erhielt er außer bereits schon zugeleiteten zwei Ster Brennholz erneut einen Schlagraum zugewiesen, während andererseits über 200 Familien in Philippsburg überhaupt noch kein Brennholz erhielten.

Die tatsächlich mit vollem Recht über solche Bevorzugungen empörte Öffentlichkeit verlangt von dem zuständigen Landrat ein ganz energisches Eingreifen. Von dem Bürgermeister selbst ist dies kaum zu erwarten, da am 19. April seit 1 1/2 Jahren nun der vierte Bürgermeister gewählt wird. Ein reichlich großer Verschieß an Ortsobhäuptionern.

Weinheim

Wie bereits von uns schon einmal erwähnt, können die Häuser in der Ahorn-

Die **ungemein niedrigen Lohnsätze**

und die lange Arbeitszeit stehen in schreiendem Mißverhältnis zueinander. Meist aber kennt der Landarbeiter obendrein nicht einmal diese Tarife und ist der willkürlichen Festsetzung durch den Betriebsführer ausgeliefert.

Von „ausreichender Freizeit und Urlaub“ kann bei einer derartigen Arbeitszeit keine Rede sein. Hat man das Glück, in der stilleren Periode des Winters einen Urlaub zu erhalten, so geschieht das mit mürrischer Gewährung unter Lohnausfall.

Unser Einsender verweist auf Artikel 22 und 23 der badischen Verfassung und meint:

Daß die beiden Artikel der Verfassung, das heißt Mitgestaltung und

Auch ein „demokratischer“ Verein für die Landfrau

An die Frauen auf dem Lande erging ein Aufruf zur Gründung eines Frauenvereins. Was für ein Frauenverein das geben wird, ist schon daraus ersichtlich, von welchen Kreisen dieser Aufruf ausgeht. Da finden wir eine Gräfin Leutrum, geb. Steiner-Laugheim. Ferner eine Frau Oekonomierat von Ditterich, eine Gräfin Degenfeld-Schomburg.

Wahrhaftig diese Frauen sind die Geeignetesten, die unseren schwer um das Leben ihrer Angehörigen kämpfenden Frauen etwas zu sagen haben. Wie das tägliche Leben dieser Gräfinnen abläuft, weiß wohl jede Frau auf dem Lande selbst.

Wie aber sieht das Leben der werktätigen Frau auf dem Lande aus. Ihr Tagewerk beginnt morgens in der Frühe mit der Zubereitung des Frühstückes, dann Kühe melken, Schweine, Gänse und Hühner füttern, die Kinder

Mitverwaltung der Betriebe und gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer an Lohn- und Arbeitsfragen in der Landwirtschaft, gar nicht in Betracht kommen und von den Betriebsführern nur als Anmaßung und Einmischung in alte Privilegien betrachtet werden, braucht nicht besonders betont zu werden. In diesen beiden Artikeln sind die Möglichkeiten enthalten, die sich dem Landarbeiter bieten, die unwürdigen Zustände zu überwinden und seinem Stande das Recht zu geben, das jedem anderen Arbeiter eine Selbstverständlichkeit ist. Die Erringung dieser Rechte würde die Landflucht eindämmen und die Unlust zum Beruf des Landarbeiters vertreiben helfen.

- is -

Arbeiter und Bauer

In der Stadt herrscht der Hunger. Und der Hunger erzeugt bittere Stimmungen und Verstimmungen. Die Stadtbevölkerung ist auf die Bauern, „die noch alles haben“, nicht gut zu sprechen. Andererseits schimpft der Bauer, der von morgens bis abends schwer schuftet muß, auf „die Faulenzer“ in den Städten.

Es gibt Leute, die ein Interesse daran haben, daß zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiter und Bauer ein Gegensatz bestehen bleibt. Sie tun alles mögliche, um diesen Gegensatz noch zu vertiefen. Es sind die reaktionären, großkapitalistischen und großjunkeralischen Kreise, die die Einigkeit des Volkes in Stadt und Land hintertreiben und sabotieren.

Die fortschrittlichen Schichten unseres Volkes aber wissen, daß nur, wenn Arbeiter und Bauer zusammenhalten, die Not überwunden werden kann. Wir geben deshalb gerne der Zuschrift eines Arbeiters Raum, welcher sehr gut erkannt hat, auf was es uns ankommt. Der Arbeiter schreibt:

Lieber Bauer!

Es gab einmal eine Zeit, da aß der Arbeiter sehr gut. Jawohl, das stimmt.

Er war auch gut gekleidet. Aber, Heber Bauersmann, da hatte der Arbeiter auch das Geld dazu, Deine Erzeugnisse zu kaufen und er kaufte sie. Ging es Dir in der Zeit, Bauer, schlecht? Dann gab es einmal eine Zeit, da aß der Arbeiter kein Butterbrot mehr und Du, Bauer, mußtest Deine Erzeugnisse wieder mit nach Hause nehmen. Wie stand es da um Dich?

Eine Schicht in der Bevölkerung gab es, die kaufen konnte, aber die kaufte nicht Deine Erzeugnisse, sondern ausländische Erzeugnisse, weil dies zum guten Ton gehörte. Und diese selbe Schicht ist es, die heute von Dir beliefert wird auf dunklen Wegen. Der Arbeiter hat ja gar nicht die Zeit und das Geld, um sich die Lebensmittel, die er notwendig bräuchte, bei Dir zu holen.

Mache Dich nicht zum Hehler, gib Dein Soll getreu ab, verbinde Dich mit dem Arbeiter in der Industrie, um die Zukunft für die schaffende Masse annehmbar zu gestalten. Denn Du und ich, wir Arbeiter in Feld und Industrie, werden die Lasten des verlorenen Krieges tragen müssen, wenn wir uns nicht einig werden.

Dieser Appell eines Arbeiters darf nicht ungehört verhallen. In der Tat, Arbeiter und Bauern müssen zusammenhalten im Kampfe gegen die Volksfeinde.

und Birkenauertalstraße wegen angeblichem Mangel an Material nicht fertiggestellt werden. Dagegen wurde an der Ecke Luisengasse in aller Stille ein Restaurant mit Parkettboden, komfortablen Wänden und Decken und sonstiger moderner Installation errichtet.

Wir fragen die verantwortlichen Stellen: Wie kommt es, daß für den wirklich nicht dringend notwendigen Aufbau eines Lokals Baustoffe in diesem Umfang zur Verfügung stehen, während für den Wohnungsbau der oben erwähnten Häuser „angeblich“ nichts vorhanden ist.

Oberschwarzach

Auf Grund unserer Veröffentlichung vom 3. April erhielten wir sehr interessante Ausführungen, aus denen hervorgeht, daß aus fast allen Orten, die ihre ermolkene Milch zur Sicherung der Fettversorgung Vestlos abliefern und die im Ort benötigte Milch von der Milchversorgung Heidelberg beziehen müssen, Beschwerden einlaufen. Diese Anordnung des Hin- und Herschickens der Milch wurde von der Heidelberger Milchversorgung nicht erlassen, hierfür ist das

Landesernährungsamt Karlsruhe zuständig, das sich vermutlich wieder auf seine Milchprüfer beruft, denen ein gewisser Herr Dr. von Babo vorgesetzt ist. Die Öffentlichkeit interessiert sich sehr dafür, welche Rolle eigentlich dieser Herr Dr. von Babo in der Milchwirtschaft spielt und ob es diesem Herrn noch nicht aufgefallen ist, daß Unter-, Oberschwarzach und Neunkirchen heute Tausende von Litern Milch im Monat weniger anliefern, als in den gleichen Monaten im Jahre 1944. Vermutlich stände es um die Milch- und Fettversorgung wesentlich besser, wenn sich die örtlichen Milchleistungsausschüsse ihrer Aufgabe bewußt wären. Auch hierüber kann uns vielleicht Herr Dr. von Babo Auskunft geben.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S. 3. 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S. 3. 10, Tel. Nr. 43260. Auflage: 60 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. L. 4-6. - Authorized by Military Government for Württemberg and Baden Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.